IMMAC
... leading in social investments

Datum:	15. Oktober 2013
Medium:	www.kleinezeitung.at
Thema:	Die Pflege geht alle an, nicht nur die Steirer

Die Pflege geht alle an, nicht nur die Steirer

Aus Regress muss eine bundesweite Lösung werden.

Die Finanzierung der Pflege ist vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft eines der großen ungelösten Probleme, des Einzelnen wie des Gemeinwesens. Beide neigen dazu, das Thema zu verdrängen. Der Einzelne schiebt es von sich, weil man mit der Vorstellung der eigenen Pflegebedürftigkeit ungern konfrontiert sein möchte. Und der Staat drängt das Thema von der Agenda, weil die Politik weiß, dass die Maßnahmen, die zur Absicherung des Systems zu treffen wären, hochgradig unpopulär sind. Sie treffen die Bürger und als Bumerang die Regierenden. Also lässt man es und wartet zu, bis die Implosion Fakten schafft.

Die steirische Regierung hat versucht, aus diesem Kreislauf, dem sie zuvor in alter übler Manier schuldhaft gefolgt war, auszubrechen. SPÖ und ÖVP haben den Pflegeregress, den sie ungeachtet des infarktgefährdeten Sozialbudgets abgeschafft hatten, wieder eingeführt. Das Gesetz sieht vor, dass Nachkommende ab einem gewissen Einkommen (1500 Euro netto) einen sozial gestaffelten Kostenbeitrag für den Heimaufenthalt pflegebedürftiger Eltern leisten müssen, im Schnitt 160 Euro pro Monat.

Die Vulgär-Deutung des steirischen Wahlergebnisses besagt, dass Rot und Schwarz die Faktura für diesen Schritt erhalten hätten, denn die Maßnahme sei eine herzlose neoliberale Grausamkeit. Ist sie das?

Herzlos muten eher die Automatismen an, die sichtbar wurden, wo man den Eigenanteil beseitigte: Der Zulauf zu den Heimen stieg sprunghaft an.

Im Innersten der Familie füreinander Sorge zu tragen, ist ein Grundwert des Zusammenlebens und zudem im Bürgerlichen Gesetzbuch festgeschrieben; dennoch erhebt sich über diesen Grundkonsens immer stärker eine Egozentrik, die sich im Bedürfnis äußert, diese moralisch-ethische Pflicht an den Staat auszulagern.

Freilich muss man sich vor pauschalen Urteilen in Acht nehmen. Die Mehrheit ist es nicht, die so fühlt. 80 Prozent werden in der Steiermark zu Hause gepflegt. Das geschieht unter großen finanziellen, körperlichen und seelischen Belastungen. In den Ohren dieser Familien muss der Aufschrei gegen den Eigenanteil bei den Heimkosten wie unsolidarisches Bellen tönen.

Ein maßvoller Eigenbeitrag dort, wo er leistbar ist, ist nicht unsozial. Unsozial ist das Abtauchen der Länder in Erwartung des großen Knalls. Daher ist die steirische Lösung nicht zu ächten, sondern raschest in eine österreichweite überzuführen, am besten in eine Pflichtversicherung. Sie ist, allen Beschwichtigungen zum Trotz, ein Gebot der Stunde.